

<p>Thema</p> <p>Link zum Wahlprogramm >></p>	 <p>www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009_b90_die-gruenen.pdf</p>	 <p>www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009_fdp-monchengladbach.pdf</p>	 <p>www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009_spd-monchengladbach.pdf</p>	 <p>www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009_die.linke-monchengladbach.pdf</p>
--	---	---	---	---

Kommunalwahlprogramme 2009

„Ampel“-Koalition [+]

Themenkomplex 02





„Bürgerbeteiligung & Bürgerservice“

- Gegenüberstellung der relevanten Aussagen -

Stand: 15. August 2009

(c) Bürgerzeitung Mönchengladbach

Thema Link zum Wahlprogramm >>	 www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009_b90_die-gruenen.pdf	 www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009_fdp-monchengladbach.pdf	 www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009_spd-monchengladbach.pdf	 www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009_die-linke-monchengladbach.pdf
Bezirksvertretungen	Um den Klüngel zu stoppen, setzen sich BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in Mönchengladbach für nachvollziehbare politische Entscheidungen in Bezirksvertretungen, Rat, Verwaltung und den vielen städtischen Beteiligungsgesellschaften ein, mit dem Ziel, mehr Transparenz zu schaffen.		Wir werden die Hauptsatzung dahingehend ändern, dass alle Entscheidungen, die örtlich begrenzte Auswirkungen haben, vor Ort im Rahmen eines eigenen Budgets durch die Bezirksvertretungen entschieden werden.	Die Rechte der Bezirksvertretungen müssen gestärkt werden, etwa über einen eigenen Haushalt als Grundlage ihrer Handlungsfähigkeit.
Bezirksvorsteher			Zusätzliche Statussymbole für Bezirksbürgermeister wie Dienstfahrzeuge, weitere Mitarbeiter und erhöhte Repräsentationsmittel lehnt die Mönchengladbacher SPD ausdrücklich ab.	
Integrationsrat	Insgesamt haben über 40.000 Menschen in Mönchengladbach ausländische Wurzeln. Sie alle zu integrieren, ist eine gewaltige Aufgabe. Der Integrationsbeauftragte der Stadt, aber auch der Integrationsrat haben auf diesem Feld sehr gute Arbeit geleistet, die es weiter nach Kräften zu unterstützen gilt.		Wir wollen den Integrationsrat in unserer Stadt stärken, den interkulturellen Austausch und die gegenseitige Toleranz verbessern.	
Kommunales Wahlrecht			Deshalb setzen wir uns für ein kommunales Wahlrecht für alle Menschen ein, die fünf Jahre rechtmäßig in NRW leben.	Die Demokratisierung des Kommunalwahlrechts soll durch Einführung größerer Wahlmöglichkeiten bei den Kandidaten auf den Listen, wie Kumulieren und Panaschieren, weiterentwickelt werden.
Beteiligung der Jugend			Wir wollen ein Forum zur Beteiligung der Jugend an kommunalpolitischen Entscheidungen einrichten. Eine frühzeitige Beteiligung an der politischen Meinungs- und Willensbildung stärkt das Vertrauen junger Menschen in unser demokratisches System.	
Seniorenbeirat	Ältere Menschen müssen, z.B. durch Gründung eines Seniorenbeirats, stärker an kommunalen Planungen und Entscheidungen beteiligt werden.		Wir wollen die Erfahrung der älteren Menschen in unserer Stadt nutzen, deshalb setzen wir uns für die Einrichtung eines Seniorenbeirates als Unterausschuss des Sozialausschusses ein.	
Behindertenbeteiligung			Wir wollen die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in unserer Stadt stärken und Schwellen sowohl in den Köpfen als auch im täglichen Leben abbauen.	
Bürgerbeteiligung	Das Projekt „Giesenkirchen 2015“ und die Querelen um das Pahlkebad Rheydt sind nur zwei von vielen Beispielen dafür, wie die Politiker der Ratsmehrheit in unserer Stadt am Bürgerwillen vorbeiregieren. Um den Klüngel zu stoppen, setzen sich BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in Mönchengladbach für nachvollziehbare politische Entscheidungen in Bezirksvertretungen, Rat, Verwaltung und den vielen städtischen Beteiligungsgesellschaften ein, mit dem Ziel, mehr Transparenz zu schaffen. Deshalb fordern wir, dass z.B. öffentlich zugängliche Informationen, wie Statistiken, Pläne, Gutachten, Verkehrsent-	Es gibt eine gestärkte Bürgerbeteiligung bei Planungs- und Entscheidungsvorgängen.		Bürgeranträge und Bürgerbegehren sollen bei allen politischen Aufgaben der Kommune möglich sein, auch bei haushaltsrelevanten Fragen, und zu wichtigen kommunalen Problemen sollten BürgerInnen ein Mitspracherecht haben.

Thema Link zum Wahlprogramm >>	 www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009_b90_die-gruenen.pdf	 www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009_fdp-monchengladbach.pdf	 www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009_spd-monchengladbach.pdf	 www.bz-mg.de/wp-content/uploads/kommunalwahl-2009/dateien/kommunalwahlprogramm-2009_die-linke-monchengladbach.pdf
	wicklungs- oder Flächen-nutzungspläne auf den Internetseiten der Stadt Mönchengladbach eingestellt werden. Dadurch werden Bürgerinnen und Bürger stärker an politischen Entscheidungen beteiligt - und Bürgernähe gefördert.			
Amtsdauer				Amtszeit und Wahlperiode der Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte müssen wieder an die der kommunalen Vertretungskörperschaften angepasst werden.
Nebeneinkünfte Kommunalpolitiker				Nebeneinkünfte von Kommunalpolitikern, z.B. in Aufsichtsgremien, müssen offengelegt werden.
Bürgerbüro, Bürger-service	Um den Klügel zu stoppen, setzen sich BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in Mönchengladbach für nachvollziehbare politische Entscheidungen in Bezirksvertretungen, Rat, Verwaltung und den vielen städtischen Beteiligungsgesellschaften ein, mit dem Ziel, mehr Transparenz zu schaffen. Deshalb fordern wir, dass z.B. öffentlich zugängliche Informationen, wie Statistiken, Pläne, Gutachten, Verkehrsentwicklungs- oder Flächen-nutzungspläne auf den Internetseiten der Stadt Mönchengladbach eingestellt werden. Dadurch werden Bürgerinnen und Bürger stärker an politischen Entscheidungen beteiligt - und Bürgernähe gefördert. Andere Städte praktizieren dies bereits beispielhaft und mit Erfolg.			Ein unabhängiges Bürgerbüro soll eingerichtet werden. Dieses Büro soll sich mit Verbraucherzentrale, Mieterverband, Gewerkschaften, ASTA, LAGA, Flüchtlingsrat, Frauenhaus, Gesundheitsladen, AWO, kirchlichen Hilfsorganisationen und anderen Einrichtungen und Organisationen vernetzen, die Interessen von Menschen gegen Benachteiligung und Ausgrenzung vertreten. Dieses Beratungsbüro kann außerdem aus kommunaler Sicht inakzeptablen Maßnahmen des Bundes und des Landes wirksam entgegenwirken. Im Bürgerbüro ist auf lokaler Ebene eine Kontaktstelle sozialer Bewegungen als Anlaufstelle für Gruppen, Initiativen, Vereine und Verbände anzusiedeln.
Bürgerhaushalt	Einstieg in den „Bürgerhaushalt“ im Bereich der Bezirke und des Rates durch aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Haushaltsgestaltung sowie mehr Transparenz im „Neuen Kommunalen Finanzmanagement“ (NKF).			Der gesamte Haushalt der Stadt soll in einem regelmäßigen Beteiligungsverfahren aufgestellt werden, das eine direkte Mitwirkung der hier lebenden Menschen an kommunalen Schwerpunktsetzungen sicherstellt.
Bezirksvertretungen				Unbürokratische und bürgerfreundliche Fragestunden werden eingerichtet. So können Informationsmängel aufgelöst und der Abstand zwischen Einwohnern und kommunalen Gremien verringert werden.